Stand: 15.12.2025 19:32:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7045

"Medienvielfalt sichern: Verbot regionalisierter Werbung in bundesweit ausgestrahlten Programmen konsequent umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7045 vom 17.06.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7400 des WI vom 25.06.2015
4. Beschluss des Plenums 17/7634 vom 16.07.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 50 vom 16.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 17.06.2015 **Drucksache 17/7045**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Medienvielfalt sichern: Verbot regionalisierter Werbung in bundesweit ausgestrahlten Programmen konsequent umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Umsetzung des Verbots regionaler Werbung in bundesweit ausgestrahlten Fernsehprogrammen im Rahmen einer rundfunkstaatsvertraglichen Lösung dafür einzusetzen, dass diese Regelung keine Ausnahmen vorsieht, insbesondere keine Länderöffnungsklausel, die eine Regionalisierung der Fernsehwerbung ohne regionale Berichterstattung in einzelnen Bundesländern ermöglicht.

Begründung:

Die Staatsregierung weigerte sich bis vor kurzem, die Initiative aller Bundesländer zu unterstützen, ein Verbot regionalisierter Fernsehwerbung in bundesweit ausgestrahlten Fernsehprogrammen umzusetzen. Noch vor drei Wochen erklärte Staatsministerin Aigner, dass sie gegen ein Verbot sei. Aufgrund der gescheiterten Verhandlungen mit den regionalen Verlagen und Rundfunkanbietern hat sich die Staatsregierung nun entschieden, ein Verbot regionalisierter Fernsehwerbung in bundesweit ausgestrahlten Fernsehprogrammen im Rahmen einer rundfunkstaatsvertraglichen Regelung zu unterstützen, allerdings in Zusammenhang mit einer Länderöffnungsklausel. Vor dem Hintergrund der bisherigen Blockadehaltung steht zu befürchten, dass die Staatsregierung diese Länderöffnungsklausel nutzen wird, um Sendern wie ProSiebenSat.1 die Möglichkeit zu geben, in Bayern regionalisierte Werbung im bundesweit ausgestrahlten Fernsehprogramm zu schalten. Nachdem das Verbot der regionalisierten Fernsehwerbung in bundesweit ausgestrahlten Fernsehprogrammen ohnehin erst zum Januar 2016 in Kraft tritt und der Sender bereits jetzt im Markt der regionalisierten Werbung aktiv ist und Fakten schafft, kann davon ausgegangen werden, dass das Unternehmen weiterhin auf Regelungen drängen wird, die seine Aktivitäten im regionalen Werbemarkt zulassen. Um die bereits gefährdete Meinungs- und Medienvielfalt nicht weiter unter Druck zu setzen, muss eine Regionalisierung der Werbemärkte dauerhaft und ohne Hintertüren verhindert werden. Es darf keine regionalisierte Werbung ohne regionale Berichterstattung geben. Dies ist bereits heute klar zu kommunizieren, um den nationalen Fernsehsendern eindeutig zu signalisieren, dass sie sich aus diesem Werbemarkt unverzüglich zurückziehen sollten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist keine Argumentation!)

Wenn ich draußen bei Versammlungen vollmundig sage, dass ich es für einen Skandal halte, wenn wertvolle, hochwertig produzierte Lebensmittel im Freistaat Bayern verramscht werden, bekomme ich natürlich Beifall. 51 Cent pro Liter Milch sind ein Skandal. Da klatscht jeder. Aber Ihre Äußerung bringt keinem bayerischen Landwirt mehr Geld in die Kasse, Herr Kollege Herz.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie nicht kontrollieren!)

Ganz konkret: Dort, wo ein Anlass besteht, wird von uns kontrolliert.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wann?)

Aber ich sage Ihnen noch einmal, ich kann machen, was ich will, an der BGH-Rechtsprechung komme ich nicht vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Der Einstandspreis – Herr Kollege Arnold, Sie haben es sauber und differenziert dargestellt – kann künstlich heruntergerechnet werden. So ist die geltende Gesetzeslage, und das ist auch geltende Rechtsprechung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns versuchen, was das Thema Konsum und Verbraucherverhalten angeht, gemeinsam daran zu arbeiten, dass der Verbraucher ein anderes Qualitätsbewusstsein bekommt und nicht nur nach dem Preis entscheidet, dass er weiß: Die Lebensmittel sind in der Region erzeugt worden, die Qualität ist hoch, und die regionalen Wirtschaftskreisläufe – und nicht die anderen – werden durch reine Kaufentscheidung gestärkt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihre Untätigkeit … das ist alles!)

Es hilft nicht, hier populistisch zu argumentieren und dies oder jenes zu fordern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hilflos! Untätig!)

Deshalb die ganz klare Ansage: Ja zur Entfristung über das Jahr 2017 hinaus. Ich halte es für wichtig, dass dieses klare Signal hinausgeht. Deshalb danke ich für den ganz konkreten Antrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber die Probleme der Gegenwart …!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zum weiteren Sitzungsfahrplan: Wir werden jetzt über die drei Dringlichkeitsanträge abstimmen, und anschließend kommt die noch ausstehende namentliche Abstimmung zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7044 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7081 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7082 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/7045 bis 17/7051 sowie 17/7083 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich komme zurück zum Dringlichkeitsantrag Nummer 3 und hier zur namentlichen Abstimmung. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einschränkung des Streikrechts in Bereichen der Daseinsvorsorge – Angriff auf die Tarifautonomie!" auf der Drucksache 17/7043. Ich eröffne die Abstimmung. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden? – Danke schön.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.06.2015 **Drucksache** 17/**7400**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**7045**

Medienvielfalt sichern: Verbot regionalisierter Werbung in bundesweit ausgestrahlten Programmen konsequent umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Ulrike Gote**
Mitberichterstatter: **Markus Blume**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 33. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.07.2015 **Drucksache 17/7634**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**7045**, 17/**7400**

Medienvielfalt sichern: Verbot regionalisierter Werbung in bundesweit ausgestrahlten Programmen konsequent umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe noch den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummer 9 und die Nummer 38 der Anlage zur Tagesordnung, über die gesondert abzustimmen ist.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nun lasse ich noch über die Antragsliste abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 9)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Bank- und Finanzwesen: Aufbau einer Kapitalmarktunion
18.02.2015 – 13.05.2015
Drs. 17/5644, 17/7401 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Bank- und Finanzwesen: Überarbeitung der Prospektrichtlinie
18.02.2015 – 13.05.2015
Drs. 17/5645, 17/7402 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Bank- und Finanzwesen:
Ein EU-Rahmen für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung
18.02.2015 – 13.05.2015
Drs. 17/5646, 17/7403 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeiten

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juni 2015
(Vf. 6-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 14 Abs. 6 Satz 2 des Gesetzes über die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 2003 (GVBl S. 818, BayRS 2030-1-3-F), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 61 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286)
PII/G1310.15-0003
Drs. 17/7506 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 19. Juni 2015
(Vf. 7-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
   1. der Art. 12, 15, 29, 30 und 38 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 373 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286),
   2. der §§ 5 bis 7, 11, 25 bis 37 i. V. m. Tabellen 1 und 2 der Satzung der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung vom 12. Januar 1984 (StAnz Nr. 4),
   3. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 und 2 der Satzung der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung vom 6. Dezember 1996 (StAnz Nr. 51/52),

4. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 und 2 in der Fassung der 1. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung vom 7. Oktober 1998 (StAnz Nrn. 43, 48),
5. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 2. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 22. Dezember 1999 (StAnz Nr. 52),
6. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 3. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 24. Oktober 2000 (StAnz Nr. 46),
7. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 4. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 30. November 2004 (StAnz Nr. 49),
8. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 5. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 1. Dezember 2004 (StAnz Nr. 50),
9. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 6. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 28. Dezember 2005 (StAnz 2006 Nr. 1),
10. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 7. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 26. November 2008 (StAnz Nr. 49),
11. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 in der Fassung der 8. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 10. August 2009 (StAnz Nr. 33),
12. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 sowie des § 48 b in der Fassung der 9. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 7. Dezember 2009 (StAnz Nr. 51),
13. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 sowie des § 48 b in der Fassung der 10. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 16. November 2010 (StAnz Nr. 46),
14. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 sowie des § 48 b in der Fassung der 11. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 22. November 2012 (StAnz Nr. 48),
15. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 sowie des § 48 b in der Fassung der 12. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 25. November 2014 (StAnz Nr. 50),
16. sämtlicher Dynamisierungsbeschlüsse der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung.

PII/G1310.15-0004
Drs. 17/7502 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Juni 2015 (Vf. 8-VIII-15) betreffend Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob §§ 1 und 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBl S. 18) die Bayerische Verfassung verletzen
PII/G-1310.14-0013
Drs. 17/7503 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

Anträge

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bund muss sich unmittelbar an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligen
Drs. 17/4474, 17/7229 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Sicherung regionaler Werbemärkte für regionale Medien
Drs. 17/5311, 17/7311 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Andreas Lotte u.a. SPD
Aktuelle Ausbauziele für Erneuerbare Energien vorlegen
Drs. 17/6157, 17/7312 (A)

über den Antrag wurde gesondert abgestimmt

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Barrierefreiheit bei Bahnhofsanierungen sicherstellen
Drs. 17/6176, 17/7313 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Altersdiskriminierung abschaffen - Ehrenamt der Schöffen stärken
Drs. 17/6226, 17/7398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung einer Karenzzeit für Regierungsmitglieder
Drs. 17/6319, 17/7399 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte,
Kathrin Sonnenholzner SPD
Sprinterzüge für die S 4
Drs. 17/6351, 17/7314 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Potenzialanalyse zur Kraft-Wärme-Kopplung in Bayern
Drs. 17/6353, 17/7241 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Einsatz von Schulbegleiterinnen und Schulbegleitern an Regel- und Förderschulen
Drs. 17/6354, 17/7392 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann,
Dr. Linus Förster u.a. und Fraktion (SPD)
Seenotrettung - Mandat und Einsatzgebiet von Triton ändern
Drs. 17/6443, 17/7387 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Werkstattausbilderinnen und -ausbilder an Fachoberschulen besser stellen
Drs. 17/6542, 17/7485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auswirkungen einer „Anti-Trassen-Klausel“ im Landesentwicklungsprogramm
Drs. 17/6544, 17/7315 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD, Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Radeln in Bayern – Radwegebenutzungspflicht systematisch überprüfen!
Drs. 17/6553, 17/7316 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Klaus Adelt SPD
Verbot des Handels mit Kleintieren und exotischen Tieren in Supermärkten
Drs. 17/6556, 17/7286 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Ergebnisse des Runden Tisches Medienpolitik umsetzen
Drs. 17/6588, 17/7317 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	A

22. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Maßnahmen gegen hohen Krankenstand in der Pflege – insbesondere in der Altenpflege
Drs. 17/6601, 17/7397 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Wie sozial ist die EU? Anhörung im Europaausschuss
Drs. 17/6661, 17/7388 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Europa braucht eine Sozialunion
Drs. 17/6662, 17/7389 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Eine gerechte europäische Sozialpolitik für Frieden und Wohlstand in Europa
Drs. 17/6664, 17/7390 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Rechte der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken
Drs. 17/6665, 17/7391 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Soziale Schutzstandards in Europa erhalten und ausbauen
Drs. 17/6666, 17/7393 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

28. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Europäische Sozialcharta endlich ratifizieren
Drs. 17/6667, 17/7394 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Bevölkerungsschutz im digitalen Zeitalter
Drs. 17/6725, 17/7331 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dezentrale Energieversorgung voranbringen: Hürden für Mieterstrommodelle beseitigen
Drs. 17/6724, 17/7319 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verwaltung und Bewirtschaftung staatseigener Dienst- und Mietwohnungen
Drs. 17/6728, 17/7486 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Barrierefreies Europa – Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung der EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010 – 2020 in Bayern
Drs. 17/6732, 17/7482 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mobile Sichtschutzwände
Drs. 17/6736, 17/7332 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zusammenarbeit mit Tirol und Südtirol in der Flüchtlingspolitik
Drs. 17/6739, 17/7481 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld u.a. CSU
Bericht zur bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie
Drs. 17/6743, 17/7287 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein zum Verbot von Pelztierfarmen unterstützen
Drs. 17/6795, 17/7395 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Medienvielfalt sichern: Verbot regionalisierter Werbung in bundesweit ausgestrahlten Programmen konsequent umsetzen
Drs. 17/7045, 17/7400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Die Energiewende in Bayern sinnvoll befördern
Drs. 17/6551, 17/7242 (E) [X]

über den Antrag wurde gesondert abgestimmt